

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletariat

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gelappten Kolonnen-Beile 50 S. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.



## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover. Redaktionsschluß: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

# Nur starke Organisationen

werden sich nach den Wetterstürmen dieses Krieges behaupten können. Für die Stärkung unseres Verbandes einzutreten, ist Pflicht aller Mitglieder.

### Bekanntmachung.

Am 1. April treten folgende auf dem außerordentlichen Verbandstag in Hannover beschlossenen Bestimmungen über die Erhöhung der Beiträge und des Eintrittsgeldes in Kraft:

#### Beitragsgeld.

##### § 4.

Jedes eintretende Mitglied hat 1 Mt. Eintrittsgeld zu entrichten, wovon 50 Pf. zur Deckung lokaler Ausgaben verwandt werden können.

#### Beiträge.

##### § 9.

1. Die Beiträge betragen für weibliche Mitglieder und für jugendliche Mitglieder unter 18 Jahren 35 Pf., für erwachsene männliche Mitglieder 60 Pf. pro Woche.

2. Erwachsene männliche Mitglieder können einen Beitrag von 75 Pf. pro Woche leisten, wodurch sie einen Anspruch auf höhere Unterstützung erhalten.

3. Weiblichen und jugendlichen männlichen Mitgliedern steht es frei, den 60-Pf.-Beitrag der männlichen Mitglieder zu leisten, wodurch sie sich einen Anspruch auf die Unterstützungen dieser Klasse erwerben.

##### § 13.

5. Die Beiträge für invalide männliche Mitglieder betragen 20 Pf. für weibliche invalide Mitglieder 10 Pf.

##### § 23.

Die Zahlstellen können zur Deckung lokaler Ausgaben von jeder Beitragsmarke à 35 Pf. 6 Pf. und von den Beiträgen à 60 Pf. 10 Pf., von den Beiträgen à 75 Pf. 10 Pf. erhalten.

Zu diesen Beiträgen kommen nach wie vor die in den einzelnen Zahlstellen erhobenen Lokalbeiträge.

Die alten Marken werden nach Inkrafttreten der Beitragsänderung eingezogen, so daß die Mitglieder, die mit ihren Beiträgen nicht auf dem laufenden sind, für ihre Restwochen unter Umständen den höheren Beitrag leisten müssen. Wir ermahnen deshalb alle Mitglieder, bis zum 1. April ihre Bücher zu ordnen und etwa restierende Marken zu begleichen, damit der Markenwechsel glatt vonstatten geht.

Am 1. Oktober treten als Gegenleistung folgende Unterstützungs-Erhöhen und -Verlängerungen ein:

#### Erwerbslosenunterstützung.

##### § 16.

Abf. 5. Die Erwerbslosenunterstützung beträgt:

Zahl der Wochenbeiträge	Bezugszeit Tage	35 Pf. Beitrag		60 Pf. Beitrag		75 Pf. Beitrag	
		pro Tag	Höchstsumme innerhalb 65 Wochen	pro Tag	Höchstsumme innerhalb 65 Wochen	pro Tag	Höchstsumme innerhalb 65 Wochen
52	30	60	18,—	120	36,—	140	42,—
156	42	65	27,30	130	54,60	160	67,20
260	48	70	33,60	140	67,20	180	86,40
416	54	80	43,20	160	87,20	200	108,—
520	60	90	54,—	180	108,—	225	135,—
624	72	100	72,—	200	144,—	250	180,—

#### Gemafregelten- und Streikunterstützung.

##### § 19.

(§ 19 des Statuts und § 12 des Streikreglements.)

	35 Pf. Beitrag	60 Pf. Beitrag	75 Pf. Beitrag
von 13-26 Wochen	8,— Mt.	14,— Mt.	16,— Mt.
von 26-52 "	10,— "	16,— "	18,— "
über 52 "	12,— "	18,— "	20,— "

Außerdem ist noch folgender Antrag angenommen:

„Der Vorstand soll sofort nach Friedensschluß prüfen, ob und in welchem Umfang eine Unterstützung der Ausgelassenen eingeführt werden kann.“

Die Beitragserhöhung wird demnach zum weitaus größten Teil den Mitgliedern in Form höherer und längerer Unterstützung wieder zugute kommen, zum andern aber hoffentlich dem Verbandsvermögen die Ansammlung eines größeren Kriegsfonds und damit auch für die Zukunft die Eringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen ermöglichen. Dazu können alle Mitglieder viel beitragen, wenn sie nicht nur selbst dem Verband die Treue bewahren, sondern auch für ihn werben und für seinen Ausbau und seine weitere Ausbreitung sorgen. Die Leistungen und Erfolge des Verbandes sind dazu das beste Hilfsmittel. Der Vorstand.

## Wie werden wir unsere Staatsschulden los?

### I.

Die nachstehenden Ausführungen eines geschäftigen Mitarbeiters berühren eine Frage, deren Wichtigkeit unübersehbar, deren Lösung aber unerlässlich schwierig, ja, heute noch ganz unmöglich ist. Das hindert jedoch nicht, zu erwägen, in welcher Richtung eine Lösung zu suchen ist, wie insbesondere die Arbeiterschaft der Frage gegenüberzutreten muß. Wir haben deshalb auch den Ausführungen unseres Mitarbeiters gern Raum gegeben, obwohl wir ihm nicht in allen Punkten zustimmen. So erscheint uns, um nur eins zu nennen, die Erhebung einer Abgabe vom Vermögen als die allerdringlichste Voraussetzung einer Kriegskostenbedeckung, der auch die Arbeiterschaft zustimmen kann.

So oft auch bei uns in Deutschland eine Kriegsanleihe glücklich durchgeführt oder eine neue in Vorbereitung ist, jedesmal kann man in Wort und Schrift die Behauptung hören, daß wir ein reiches Volk seien, weil es uns wiederum gelungen sei, ohne absonderliche Schwierigkeiten so viele Milliarden aufzubringen. Dabei wird auf den für unsere Finanzwirtschaft günstigen Umstand hingewiesen, daß infolge der Absperrung unseres Landes unser Geld im Lande bleibt, während das Geld unserer Feinde zum größten Teil ins Ausland fließt. Es gibt Leute, die da meinen, wir seien durch den Krieg sogar reicher geworden, wobei sie vergessen, daß im Verlaufe des Krieges Milliarden im wahren Sinne des Wortes verpulvert worden sind, ganz abgesehen von der Vernichtung unerfesslicher Werte geistiger, kultureller und wirtschaftlicher Art. Wenn Millionen von Menschen in der Blüte ihres Schaffens und ihrer Leistungsfähigkeit dahingerafft werden, so geht damit ein unberechenbares, unerfessliches Kapital zugrunde, wenn andre Millionen an ihrer geistigen und körperlichen Arbeitskraft geschädigt werden, so bedeutet das einen ungeheuren Verlust an Volksgesundheit und Volkskraft, der erst in Jahrzehnten wieder ersetzt werden kann, wenn so viele Friedensunternehmungen stillgelegt oder in unproduktive Kriegsbetriebe umgewandelt werden, so muß das natürlich höchst ungünstig auf unser gesamtes Wirtschaftsleben einwirken. Von einem Reicherwerden unseres Volkes und unseres Landes kann also nicht im entferntesten die Rede sein, das gerade Gegenteil trifft zu. Zweifellos sind zahlreiche Menschen in der Kriegszeit reich geworden und haben Millionen eingeheimst, dafür

sind aber auch zahlreiche andre ärmer geworden, haben ihre Ersparnisse zugefressen und noch obendrein Schulden machen müssen. Es ist harter Unfug, von einer Besitzvermehrung zu sprechen, dagegen ist eine Besitzverschiebung im weitesten Sinne eingetreten. Welchen Einfluß diese Verschiebung der Vermögen auf unser kulturelles, politisches, soziales und wirtschaftliches Leben nach dem Kriege ausüben wird, läßt sich heute noch nicht ermaßen, das muß und wird erst die Zukunft lehren. Soviel steht schon heute fest: die ungeheuren Umwälzungen in der materiellen Lage der einzelnen Menschen und Bevölkerungsschichten werden auch andre Umwälzungen im Gefolge haben. In dieser Hinsicht wird auch der jetzige Krieg, wie jeder andre große Krieg, revolutionierend wirken und naturgemäß unser Volksleben von Grund auf aufwühlen.

Am auffallendsten ist die Umänderung, die sich vollzogen hat in dem Verhältnis zwischen dem privaten und dem staatlichen Vermögen. Hier hat der Weltkrieg und was damit zusammenhängt eine Umwälzung hervorgerufen, die stärkere Nachwirkungen haben wird, als alle Grenzverschiebungen und politischen Wandlungen. Er hat sich als ein Faktor erwiesen, der ungeheure Summen in den Händen einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Menschen aufhäuft, der aber auch andererseits dem Staate ungeheure Schulden aufgebürdet hat. Dem positiven Kapital, das in privatem Besitz angehäuft worden ist, steht das negative Kapital gegenüber, das in Form von Schulden auf die Schultern des Staates gelegt worden ist. Wohl die eigenartigste Erscheinung, die der gegenwärtige Krieg gezeitigt hat, ist die, daß der Staat in ungeheurer Maße verarmt ist, während einzelne seiner Bürger sich riesenhaft bereichert haben. Derselbe Staat, dessen moralischer Einfluß auf seine Bürger und dessen Ansehen bei den Bürgern in den letzten Jahrzehnten ungeheuer gestiegen ist, wie dies beim Ausbruch und im Verlaufe des Krieges deutlich zutage getreten ist, dieser selbe Staat ist durch den Krieg wirtschaftlich geschwächt worden und in eine schlimme Schuldenfineschicht geraten. Während seine politische Macht gewachsen ist, ist seine wirtschaftliche Macht in noch höherem Maße gewachsen. Dem Volksvermögen, auf das wir stolz sind, steht eine Staatsschuld gegenüber, deren fortwährendes Anjähren uns alle mit Grauen und Besorgnis erfüllt.

Bei näherer Betrachtung bemerkt man sofort den großen Unterschied zwischen Volksvermögen und Staatsschuld: ersteres ist über unser Volk ungleich verteilt, einige Glieder des Volkes besitzen viel davon, andre weniger, die große Masse ist fast völlig davon ausgeschlossen; letztere ruht auf den Schultern des gesamten Volkes, alle seine Glieder sind solidarisch haftbar für Verzinsung und Abzahlung. Das Volksvermögen ist privater Besitz in den Händen privater Menschen, die Staatsschuld ist eine allgemeine Verpflichtung der Allgemeinheit. Die Folge davon ist die ungeheure, direkt aufreizende Tatsache, daß der Staat der Schuldner seiner besitzenden Bürger geworden ist und daß er auch den ärmsten seiner Bürger heranziehen muß, damit er seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Unter den obwaltenden Umständen ist der Staat gezwungen, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer und kultureller Beziehung seinen Gläubigern, das heißt also den besitzenden und bevorrechtigten Klassen, das weitestgehende Entgegenkommen zu zeigen, während er andererseits selbst beim besten Willen nicht anders kann, als aus den Unterhächten so viel herauszuholen, wie nur irgend möglich ist. Hieraus ergibt sich die überragende Bedeutung unsrer Staatsschuldenbeweisung für die Entwicklung unsres Volkes in der künftigen Friedenszeit, es ist der eigentliche Gährungsstoff in unserm öffentlichen Leben. Die Frage, wie wir unsre Schulden verzinsen und bezahlen wollen, da wir doch ohnehin so unendlich viele Aufwendungen zu machen haben, steht im Vordergrund unsres Interesses. Alle Welt, abgesehen von den direkten Nutznießern dieses Unwesens, sieht ein, daß es ein unhaltbarer, unvernünftiger und ungerechter Zustand ist, wenn der Staat sich tagtäglich von neuem abmühen muß, um die schwindelerregenden Summen aus der Gesamtheit des Volkes herauszuschinden, die die bevorzugten Mitbürger schmungelnd in die Tasche stecken. Daher denn auch das besondere Interesse der Arbeiterklasse an der glücklichen Lösung dieser ungemein wichtigen Frage.

## Zersetzende Bestrebungen.

Zu dem in Nr. 7 des „Proletariats“ veröffentlichten Beschluß des Vorstandes und dem anschließenden Aufsatz der Redaktion erhalten wir folgende Zuschrift des Kollegen K i m m i c h (Müglitz):

Die Erklärung des Vorstandes und der Leitartikel in Nr. 7 des „Proletariats“ zu den Beschlüssen der Zahlstellen Frauenjäger Grund und Müglitz bei Dresden sind, obwohl in richtiger Erkenntnis, welche Bedeutung diese Beschlüsse enthalten, doch auf den Grad nebenjählicher Urteilsbildung angelegt. Der Vorstand darf mit Bestimmtheit annehmen, daß die Beschlüsse nicht den Zweck haben, seine Meinung umzustimmen; daß dies eine vergebliche Liebessuche wäre, davon sind wir überzeugt. Aber so bestimmt der Vorstand seinen Willen in der Erklärung glaubt zum Ausdruck bringen zu müssen, so bestimmt müssen wir auch erklären, daß die Mitglieder in unsrer Zahlstelle auf ihrer gegenseitigen Einigung bestehen werden, solange dafür die Notwendigkeit, wie sie in der Entschließung angegeben ist, bestehen bleibt. Freilich werden wir uns auf dem nächsten Verbandstag für unsre Angehörigkeitsverantwortung müssen; dies werden wir aber ebenso ruhig tun, wie der Vorstand seine Politik dort veranwortet. So wie der Vorstand Gründe für sein Verhalten vorzubringen hat, so können wir das auch unsererseits.

Die Redaktion hat versucht, den Kern unsres Verhaltens auszuwählen, allerdings mit Schlußfolgerungen, bei denen milde Vorwürfe und verneinende Unterstellungen nicht fehlen. Diese wollen wir übergehen; wir sind schon daran gewöhnt, daß jeder der Verbandsuntreue und der Anarchie verfallen bezichtigt wird, der sich nicht so ohne weiteres in die Garne nehmen läßt. Eine Methode, die in den letzten Jahren besonders gern angewendet wird.

Ueber die Vorgeschichte des Beschlusses, den der Verbandstag auf Antrag des Vorstandes gefaßt hat, sind eine Reihe Gründe angegeben, die für den oberflächlichen Leser verjagen mögen, die aber auch in unsrer Gegenseitigkeit genügend beachtet sind. Zum größten Teil aber sind sie doch zur Verleumdung der wahren Gründe.

Schon der Hinweis, es sei im Jahre 1914 übersehen worden, die alte Bestimmung in das Statut aufzunehmen, ist ein recht unglücklich. Einmal sind die alten Bestimmungen und die neue Fassung so grundverschieden, besonders in der erweiterten Machtbefugnis des Vorstandes auf die Lokaltätigkeiten, daß sie in keinen solchen Zusammenhang zu bringen sind. Dann hat schon in Stuttgart auf dem Verbandstag 1914 der Vorstand einen ähnlichen Versuch unternommen, wurde aber damit abgewiesen. In der Kriegszeit, in der so vieles in der Arbeiterbewegung möglich war, mußte das Durchsetzen des Vorstandswillens eben auch möglich werden. Das ist nach unsrer Meinung die ganze Vorgeschichte dieses Beschlusses.

Wenn schon einmal die Vorgeschichte dieses Beschlusses erwähnt wird, dürfen die Vorgeschichten der Lokalkassen nicht übersehen werden. Sind nicht alle Lokaltätigkeiten den örtlichen Verhältnissen entsprungen, weil durch den freien Willen des Vorstandes den Lokaltätigkeiten, besonders bei Lokaltätigkeiten, Ausprägungen, Kontinuitätsfragen und Kapregelungen, jeder Entscheidungswille, der im Rahmen lokaler Vorgänge unabwendbar geworden ist, unterbunden, ist ganz unzulässig gemacht wurde? — Näheres darüber ist in jedem Verbandsprotokoll zu finden. Die Lokalkassen sind in jeder Zahlstelle in Ermüdung dieser Schwierigkeiten von den Mitgliedern zu ihrem eigenen Schutze errichtet worden. Dieser Schutz richtet sich auch gegen den Vorstand, wenn dieser glaubt, seine ihm übertragenen Rechte, die in ihrer Wirkung von den vorhergehenden Verbandsungen immer offen bleiben müssen, im weitesten Maße für seine alleinige Auffassung und Willensbetonung ausüben zu können und damit den Lokaltätigkeiten die engsten Grenzen in ihrer Bestätigung fest.

Wenn es sich um Auflösung einer Zahlstelle handelt, kann ja immer nur als Eigentümer des Lokaltätigkeitsvermögens der Hauptverband gelten, weil dann keine oder doch nur ganz wenige Mitglieder noch vorhanden sind. Solange eine größere Zahl Mitglieder an einem Ort darüber zu entscheiden hat, wird und kann keine Auflösung der Zahlstelle erfolgen, es



Wäre höchstens eine Trennung eintreten. Warum soll aber bei einem solchen Prozeß in bezug auf die gemeinsamen Verhältnisse nicht auch nach demokratischer Grundidee verfahren werden?

In der Kriegszeit haben die Mitglieder auch noch manche andere Erfahrung machen müssen, die ihre Zurückhaltung bei Beschlüssen von der Art, wie sie der Vorstand aus dem Verbandstage herbeigeführt hat, verständlich machen.

Zu dieser Betrachtung, glauben wir, finden wir uns mit dem Vorstand und der Redaktion zusammen. Denn ganz bestimmt geht der Vorstandstrag auch nur davon aus, nur mit dem Urteschiede, er will sich mit seinem Antrag, mit dem er namentlich sein Ziel erreicht glaubt, die Geschäftstätigkeit der Mitglieder für alle Zeiten, auf allen Wegen und Gegebenheiten sichern.

Auch über die Demokratie, wie sie in unsem Verbande angebracht besteht, ist jetzt keine Zeit zur Auseinandersetzung mit der Redaktion. Auch darauf ist zutreffend — wie man sie eben auffaßt. Wir kennen die Gründe, warum so gern auf diese Art Demokratie Bezug genommen wird, und verstehen auch, daß der Vorstand ganz damit einverstanden ist.

Eine verunglückte Rechtfertigung.

Kollege Kimmich macht in seiner Erwiderung auf den Beschluß des Vorstandes und den Antrag der Redaktion den Versuch, das Verhalten der Zugsstelle Mitgliedern zu rechtfertigen. Er meint einleitend, der Vorstand habe sich als die demokratische Partei, auf den Grad nebenständlicher Urteilsbildung angelegt.

Dann ist zwar nicht der Kern des Streites herausgeholt, aber doch ein wichtiger Punkt hervorgehoben. Wir wissen jetzt, daß der Vorstandstrag von den Mitgliedern in München — wahrscheinlich trifft daselbst für die Parteizentrale Grund — angefaßt und, weil er die Loslösung einzelner Zugsstellen vom Verbande erstrebte, abgelehnt wurde.

Technik und Arbeiter.

Es ist eine Tatsache, daß die Technik heute, wie die Arbeiter, in der Lage ist, die Bedürfnisse der Menschheit zu befriedigen. Die Technik hat die Arbeit erleichtert, die Arbeit hat die Technik gefördert. Die Technik ist die Grundlage der modernen Industrie, die Arbeiter sind die Träger der Produktion.

den mahlenden Umständen aus der Praxis selbständig und zu ihrem eigenen Schutze geschaffen haben. Das ist wieder reichlich dunkel. Wenn wir nicht irren, meint Kimmich ganz einfach die Summen, die von den Mitgliedern der Zugsstelle durch Sozialgesetzliche Aufgebracht werden.

Noch eine Konsequenz: wenn Teile der Organisation das Recht haben sollen, sich vom Verbande loszulösen und zugleich einen Teil ihrer früheren Leistungen an den Verband zurückzufordern, wo soll denn die Grenze gezogen werden? Kann denn nicht schließlich jedes Mitglied, das sich aus irgendeinem Grunde vom Verbande trennt, seinen Anteil am Vermögen der Zugsstelle zurückfordern?

Die Redaktion des „Proletariats“ hat nicht die Aufgabe, die Generalkommission oder den Vorstandsvorstand zu wählen. Sie hat oft genug zum Ausdruck gebracht, daß sie der sogenannten Politik des 4. August und ihrem Reflex in der Gewerkschaftsbewegung keineswegs uneingeschränkte Bewunderung zollt.

Damit sind wir wieder bei dem Punkt angelangt, den wir in dem Artikel „Verstehende Bestrebungen“ besonders hervorgehoben haben, zu der Frage nämlich, wie eine demokratisch aufgebaute Organisation überhaupt geleitet und zusammengehalten werden soll, wenn einzelne ihrer Glieder es ablehnen, sich den selbstgegebenen Gesetzen zu fügen.

Zum Schluß sei noch ein tatsächlicher Irrtum des Kollegen Kimmich richtiggestellt. Er meint, der Vorstand habe schon 1914 auf dem Verbandstage in Stuttgart „einen ähnlichen Versuch“ unternommen, wurde aber damit abgewiesen. Tatsächlich hat der Vorstand in Stuttgart nur einen Beschluß beschworen, der ihm größeren Einfluß auf die Verwaltung der Zugsstellenbestände einräumen sollte.

Die aus der technischen Fachliteratur und der Unternehmerpresse hervorgehende, voll umfängliche Diskussion über den Krieg nach Kriegsende, wobei auch das sogenannte „Zerlegen“ der Arbeit als ein notwendiges Element in Aussicht gestellt ist.

Die Arbeiter werden sich einer weiteren Entwicklung verbesserter Arbeitsmethoden immer anpassen müssen. Aber dabei ist auch erforderlich, daß die theoretische Bildung zur Technik schon früh in der Volksschule einfließen muß. Bei dem Mangel an natürlichen Rohstoffen wird Deutschland nach dem Kriege, wenn es keine Beziehungen zum Auslande wieder aufnehmen will, das nur durch eine Qualitätsindustrie mit einer Qualitätsware erreichen können.

Aus der Industrie

Papier-Industrie

Der Krieg als Wohltäter — für die Papierindustriellen.

Millionen deutscher Staatsbürger vermühen den Krieg, denn er hat allen unendliches Leid und seelischen Schmerz, vielen auch noch empfindliche materielle Verluste gebracht. Gar mancher behäbige Bürger hat erst in der Kriegszeit Not und Elend kennen gelernt.

Im Verhältnis zur großen Masse des Volkes ist selbstverständlich auch die Schaar der Kriegsgewinner aus dem Unternehmerrager sehr klein; desto größer sind aber die Profite, die sie während der Kriegszeit aus den Heereslieferungen verdient und aus den Konsumenten herausgeschunden haben.

Table with 4 columns: Gesellschaften, Aktienkapital in Mark, Dividenden in Mark, Dividenden in Prozent. Rows list various companies and their financial data for 1916/17 and 1917.

Das gesamte Aktienkapital dieser 29 Aktiengesellschaften ist seit dem Vorjahre um 1.607.000 Mark gesunken. Dagegen hat sich die Durchschnittsdividende mehr als verdoppelt; sie ist seit dem Vorjahre um 104,43 Prozent gestiegen.

Table with 4 columns: Jahr, Es erzielten Gewinne, Es erlitten Verluste. Rows show profit and loss data for 1914, 1915, and 1916.

Zweifellos haben die Papierindustriellen während der Kriegszeit geradezu glänzend verdient; sie haben Gewinne geharstet, die sich vor den Ergebnissen der Rüstungsindustriellen unternehmen wirklich nicht in den Schatten zu stellen brauchen.

Die Arbeiter werden sich einer weiteren Entwicklung verbesserter Arbeitsmethoden immer anpassen müssen. Aber dabei ist auch erforderlich, daß die theoretische Bildung zur Technik schon früh in der Volksschule einfließen muß. Bei dem Mangel an natürlichen Rohstoffen wird Deutschland nach dem Kriege, wenn es keine Beziehungen zum Auslande wieder aufnehmen will, das nur durch eine Qualitätsindustrie mit einer Qualitätsware erreichen können.



16. Die Pulverlöcher dürfen nur von Hand mit kupfernen oder bronzernen Hämmerlein zerleinert werden.

17. Die Pressen für Pulverringkörper sind täglich mindestens zweimal in Öl laufen zu lassen, die Matrize ist regelmäßig mit Graphit zu schmierem.

18. Die für die Dichtbestimmung gebrauchten Pulverkörper sind sorgfältig durch Abpinseln von Duedsilber zu befreien.

19. Mit dem Duedsilber ist vorsichtig umzugehen. Jede Verschüttung ist zu vermeiden.

20. Vor dem Essen ist unter den Fingernägeln haftendes Duedsilber zu entfernen.

21. Verpactes Pulver ist sofort aus dem Press- bzw. Packraum zu entfernen.

Das vierte Merkblatt für Arbeiter im Schießhaus in Ammonpulverfabriken deckt sich nur in der Einleitung mit den drei ersten. Dem Verbot des Rauchens, der Mitnahme von Feuerzeug, Zündhölzern usw. in die Betriebsräume, des Genusses geistiger Getränke in der Fabrik und der Verwendung von Straßenkleidung zur Arbeit folgt die Anordnung, daß bei außergewöhnlichen Vorkommnissen der Meister oder der Betriebsleiter herbeizuholen ist. Dann folgen diese Bestimmungen:

3. Schwere in die Patronenhülse einzuführende Röhrenpulver-Bündel dürfen nur allmählich durch vorsichtiges Klopfen mit einem Holztempel auf das Bündel eingebracht werden.

4. Das Geschütz darf nur mit Abzugsleine abgefeuert werden.

5. Nach Einführung der Patrone in das Geschütz darf niemand vor das Geschütz treten.

6. Bei eintretender Störung muß erst die Patrone aus dem Rohr entfernt werden, bevor vor das Geschütz getreten wird.

7. Bei Verzögerung darf der Geschütz-Verschluß erst nach fünf Minuten geöffnet werden.

Ausführlicher ist ein fünftes Merkblatt, das zum Schutze der Arbeiter gegen Vergiftungen bei der Bearbeitung von Dinitrobenzol zu Munitionszwecken dienen soll. Wir werden das Wichtigste daraus in einer der nächsten Nummern wiedergeben.

### Eine neue Sprengstofffabrik.

In Nürnberg wurde mit einem Stammkapital von 3 Millionen Mark die „Deutsche Sprengstoffwerke A. G.“ gegründet. Die neue Gesellschaft übernimmt die bisherige Firma Cahugiswerke in Nürnberg-Neumarkt in Liquidation, ferner die Vereinigten Pulverfabriken in Rosenheim. Unter den Gründern der neuen Gesellschaft sind u. a. die Bayerischen Hüttenwerke in Nürnberg (Konzern Hirsch Kupfer- und Messingwerke), ferner die Gesellschaft für Grubenbetrieb im Erzgebirge u. v. G., Berlin, der Konzern Start Michael u. Co. in Berlin, und schließlich die Firma Jacob Michael in Berlin vertreten.

Ob das Unternehmen noch an diesem Krieg profitieren will? Oder stellt es schon eine Vorbereitung auf den nächsten dar? Denn für den Friedensbedarf an Sprengstoffen reichen die bestehenden Unternehmungen wirklich überreichlich aus.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

#### Ein Kriegsverbandsstag des Kürschnerverbandes.

Der Verband der Kürschner hielt in den Tagen vom 25. bis 27. Februar in Hamburg einen außerordentlichen Verbandsstag ab. Aus dem vom Verbandsvorsitzenden Delsner erstatteten Tätigkeitsbericht sei folgendes erwähnt: Am Schluß des Jahres 1916 zählte der Verband in 32 Filialen 877 männliche und 700 weibliche, zusammen 1577 Mitglieder. Am Schluß des Jahres 1917 waren in 27 Filialen noch 764 männliche und 686 weibliche Mitglieder. Der Mitgliederbestand vor Ausbruch des Krieges, am Schluß des 2. Quartals 1914, betrug 2776 männliche und 1225 weibliche, zusammen 4001 Mitglieder.

Die Agitation gestaltete sich während der Kriegszeit sehr schwer, und war der Erfolg leider nicht bedeutend, da die Kollegen teils zum Heeresdienst einberufen waren, teils jeden Tag mit der Einberufung rechneten. Die weiteren Kriegsmaßnahmen des Vorstandes beziehen sich auf die Unterstützungsmaßnahmen und die Verbandsfinanzen. Es wurden den Frauen der gefallen Verbandsmitglieder im Durchschnitt 57,50 M. Sterbegeld, den Angehörigen der ledigen 30,30 M. ausbezahlt. Durch Aufbringung einer Extrafleuer der solidarisch denkenden Mitglieder konnte eine außerordentliche Unterstützung der Kriegsteilnehmerfamilien im Gesamtbetrag von 67 456,60 M. erfolgen.

Der Vorsitzende wandte sich zum Schluß gegen einen Antrag Berlin, der sich gegen die Haltung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Politik des 4. August ausspricht. Die Annahme des Antrages verdamme den Verband zur Isolierung in der Gewerkschaftsbewegung.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht war sehr lebhaft. Es beteiligten sich fast alle Delegierten daran. Cohen (Berlin), Vertreter der Generalkommission, ging ausführlich den Berliner Antrag durch und betonte, daß die Politik des 4. August — die Bewilligung der Kriegskredite — lediglich ein Akt der Reichstagsaktion, nicht der Vorstandskonferenz war. Da aber die Gewerkschaften ihre politische Vertretung in der sozialdemokratischen Reichstagsaktion sehen, so billigten auch die Generalkommission und die Vorstandskonferenz das Vorgehen der Reichstagsaktion, und sie selbst suchten den gangbarsten praktischen Weg, um den Gewerkschaften über die schwere Zeit hinwegzuhelfen.

Auf Antrag erfolgte die einstimmige Entlassung des Vorstandes. Es erhielt Johann Regge, Redakteur des „Kürschner“, das Wort zur Begründung des folgenden Berliner Antrages:

Der außerordentliche Verbandsstag möge beschließen, daß er mit der Politik der Generalkommission und sonstigen Gewerkschaftsinstanzen, wie sie seit Kriegsausbruch geübt wird, nicht einverstanden ist. Die sogenannte Politik des 4. August 1914, die geradezu der Stolz der Gewerkschaftsinstanzen ist, schließt in sich die freiwillige Aufgabe der Lohnkämpfe sowie die Aufgabe jeder selbständigen Arbeiterpolitik, die einseitige Unterstützung und Förderung der Regierungspolitik, die ihren hauptsächlichsten Ausdruck in der militärischen Diktatur des Belagerungsstaates und der Zensur fand, die Haltung zum Hilfsdienstgesetz, der Ergebenheitsgebungen gegenüber Regierern und Militärbehörden, als auch in letzter Zeit der Beitritt zum „Vollständigen für Freiheit und Vaterland“.

Der Verbandsstag protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die ganze Haltung der Politik der Gewerkschaftsinstanzen und fordert zur Rückkehr zu einer selbständigen Arbeiterpolitik auf. Ganz besonders wird ein selbständiges Vorgehen zur Herbeiführung des allgemeinen Friedens verlangt, der jede Eroberungspolitik sowie Zahlung von Kriegsschuldigkeiten ausschließt und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker garantiert.

Zum Beweise der Wichtigkeit der im Antrag enthaltenen Besetzungen zog Redner vor allem das Buch Umbreit's „Die Arbeiter im Weltkrieg“ heran, und auf's neue erprob Redner den Vorwurf, daß die Gewerkschaftsführer Schuld an der Behandlung der Volkswirtschaft tragen, indem sie die Politik der Regierung gestützt und gefördert haben. Pflicht der Verbandsmitglieder sei es, ihre Stimme gegen das Vorgehen der Gewerkschaftsführer zu erheben, um eine richtige Arbeiterpolitik wieder in die Wege zu leiten.

Nach längerer, teils erregter Debatte ergab die Abstimmung über den Antrag 13 Stimmen dafür und 6 dagegen.

Zunächst erfolgte die Aussprache über die zur Statutenänderung vorliegenden Anträge. Die Aussprache ergab, daß die Delegierten einer Beitragserhöhung einstimmig zustimmten. Der Beitrag soll in der 1. Klasse 20 Pf., in der 2. Klasse 40 Pf., in der 3. Klasse 60 Pf., in der 4. Klasse 80 Pf., und in der 5. Klasse 1 M. pro Woche betragen. Die Unterstützungen werden der neuen Beitragshöhe angepaßt, so daß für Kampfszwecke auch noch eine größere Summe erzielt wird. Die Erwerbslosenunterstützung wird in doppelter Höhe wie bisher gezahlt, die Krankenunterstützung bleibt in alter Höhe bestehen. Am 1. Juli 1918 sollen die erhöhten Beiträge und am 1. Januar 1919 die erhöhten Unterstützungen in Kraft treten.

15. Die Pulverlöcher sind durch sorgfältiges Abpinseln von Duedsilber zu befreien.

16. Die Pulverlöcher dürfen nur von Hand mit kupfernen oder bronzernen Hämmerlein zerleinert werden.

17. Die Pressen für Pulverringkörper sind täglich mindestens zweimal in Öl laufen zu lassen, die Matrize ist regelmäßig mit Graphit zu schmierem.

18. Die für die Dichtbestimmung gebrauchten Pulverkörper sind sorgfältig durch Abpinseln von Duedsilber zu befreien.

19. Mit dem Duedsilber ist vorsichtig umzugehen. Jede Verschüttung ist zu vermeiden.

20. Vor dem Essen ist unter den Fingernägeln haftendes Duedsilber zu entfernen.

21. Verpactes Pulver ist sofort aus dem Press- bzw. Packraum zu entfernen.

Das vierte Merkblatt für Arbeiter im Schießhaus in Ammonpulverfabriken deckt sich nur in der Einleitung mit den drei ersten. Dem Verbot des Rauchens, der Mitnahme von Feuerzeug, Zündhölzern usw. in die Betriebsräume, des Genusses geistiger Getränke in der Fabrik und der Verwendung von Straßenkleidung zur Arbeit folgt die Anordnung, daß bei außergewöhnlichen Vorkommnissen der Meister oder der Betriebsleiter herbeizuholen ist. Dann folgen diese Bestimmungen:

3. Schwere in die Patronenhülse einzuführende Röhrenpulver-Bündel dürfen nur allmählich durch vorsichtiges Klopfen mit einem Holztempel auf das Bündel eingebracht werden.

4. Das Geschütz darf nur mit Abzugsleine abgefeuert werden.

5. Nach Einführung der Patrone in das Geschütz darf niemand vor das Geschütz treten.

6. Bei eintretender Störung muß erst die Patrone aus dem Rohr entfernt werden, bevor vor das Geschütz getreten wird.

7. Bei Verzögerung darf der Geschütz-Verschluß erst nach fünf Minuten geöffnet werden.

Ausführlicher ist ein fünftes Merkblatt, das zum Schutze der Arbeiter gegen Vergiftungen bei der Bearbeitung von Dinitrobenzol zu Munitionszwecken dienen soll. Wir werden das Wichtigste daraus in einer der nächsten Nummern wiedergeben.

### Zur Lage auf dem amerikanischen Papiermarkt.

bringt der „Korrespondent“, das Verbandsorgan der deutschen Buchdrucker, einen Auszug aus der „Deutsch-Amerikanischen Buchdruckerzeitung“, den wir nachstehend zum Abdruck bringen:

„Die amerikanischen Papierverhältnisse bieten ein Abbild von dem im Papiergewerbe überall herrschenden Wucher. Der Preis der Papierfabrikanten ist durch die Bundesgerichte endgültig aufgehoben worden. Fünf seiner Leiter erhielten Geldstrafen von 1000 bis 2500 Dollar, die ihnen gewiß nicht wehe getan haben werden. Die Papierhändler verstehen das Wucherhandwerk ebenso gründlich. Die Graham Paper Co. arbeitete in einem Jahre sogar mit 220 Prozent Profit. Bis zum 1. April d. J. dürfen die Papiermühlen nicht mehr als 3 Cents für ein Pfund Druckpapier nehmen, später wird der Papierpreis von neuem behördlich festgelegt.

Der Papierverbrauch der Regierungsdruckerei in Washington wird für das mit dem 1. März beginnende Geschäftsjahr auf 100 Millionen Pfund berechnet, der Kostenpunkt hierfür auf 4 Millionen Dollar. In der Friedenszeit belief sich der Papierbedarf der Regierung nur auf 28 Millionen Pfund jährlich. Das Kriegsdepartement schätzt seinen Drucksaftbedarf allein auf 3 Mill. Dollar in dem neuen Geschäftsjahr.“

### Chemische Industrie.

#### Arbeiterschutz in Ammonpulverfabriken.

Das Kriegsamt hat für einzelne Zweige der Sprengstoff-fabrikation Merkblätter herausgegeben, zu dem Zwecke, die Unfall- und Erkrankungsgefahren zu vermindern. Die ersten vier dieser Merkblätter sind für Ammonpulverfabriken bestimmt. Jedes gilt für eine besondere Abteilung. Das erste für die Arbeiter im Kleinwerk für Holzkohle und Ammonsalpeter in den Ammonpulverfabriken. Es hat folgenden Wortlaut:

1. Verboten ist: das Rauchen und die Mitnahme von Feuerzeug, Zündhölzern usw. in die Betriebsräume; der Genuß geistiger Getränke in der Fabrik und der Wergenuß bei der Arbeit; die Verwendung der Straßenkleidung zur Arbeit.

2. Es dürfen keine unnötigen Mengen von Rohstoffen (Kohle und Salpeter) sich in dem Betriebsraum anammeln.

3. Auf größte Sauberkeit ist zu achten. Verschleusen von Kohle und Ammonsalpeter ist möglichst zu vermeiden.

4. Die Betriebsräume, besonders die Arbeitsmaschinen und die Heizkörper, sind häufig sorgfältig zu reinigen.

5. Gebrauchte Zuglappen sind in geschlossenen Behältern außerhalb des Betriebsraumes aufzubewahren.

6. Abfälle sind in aufgestellte Sammelgefäße zu schütten und von Zeit zu Zeit unter Aufsicht zu verbrennen. Ammonsalpeterabfälle sind in Wasser zu schütten.

7. Bei Betriebsstörungen und außergewöhnlichen Erscheinungen ist der Meister oder der Betriebsleiter herbeizuholen.

8. Bei Brand ist sofort die Ueberstützungseinrichtung in Tätigkeit zu setzen.

9. Auf Verunreinigungen der Rohstoffe ist sorgfältig zu achten und Beobachtung von Fremdkörpern ist dem Betriebsleiter zu melden.

10. Holzkohle darf nicht in der Nähe von Heizkörpern gepulvert werden.

11. Brennbare Materialien dürfen nicht in dem Lagerraum für Salpeter gestellt werden.

Das zweite Merkblatt ist bestimmt für die Arbeiter im Läuferwerk der Ammonpulverfabriken. Die Verbote unter 1 bis 8 decken sich mit denen in dem oben abgedruckten Merkblatt. Drei weitere Verbote haben folgenden Wortlaut:

9. Die Läufer sind mindestens einmal in der Woche zu reinigen. Klotz ist sorgfältig zu entfernen.

10. Läuferlag darf nicht an die Heizkörper gestellt werden.

11. Die Läuferwerke sind nach jedem Einzug zu schmieren.

Das dritte Merkblatt ist für die Arbeiter in den Presswerken der Ammonpulverfabriken bestimmt. Auch in diesem wiederholen die Punkte 1 bis 8 nur die Bestimmungen aus dem ersten Merkblatt. Es folgen dann folgende, speziell für die Presswerke geltenden Bestimmungen:

9. Im Pulverlagerhaus dürfen nur zwei Kastenlagen aufeinander gestapelt werden.

Den Bericht über den „Kürschner“, der internationale Organ des Kürschnerverbandes ist, erstattete Redakteur Regge, der gleichzeitig internationaler Sekretär ist. Er geht auf die Streitfrage, die sich zwischen Redaktion und Vorstand abgepielt haben, ein. Delsner (Vorstand) schilderte, wie der Vorstand sich wiederholt gegenwärtig sah, gegen die Erörterung des Parteifreits im „Kürschner“ Stellung zu nehmen. In einer dieser Sitzungen erklärte Regge, die Parteistellung aus der Zeitung fernzuhalten, doch möchte er sich vorbehalten, zu den verschiedensten Fragen Stellung zu nehmen. Trotzdem Regge dies Versprechen in der Folge nicht hielt, hat der Vorstand sich jeder weiteren Einwirkung enthalten, bis durch die Schreibweise Regges die Zeitung im Jahre 1917 von Nr. 17 an verboten wurde. Da dieses Verbot nur auf die politische Ueberzeugung Regges, die er in der Zeitung zum Ausdruck brachte, zurückzuführen war, durch das Nichterscheinen der Zeitung aber die gewerkschaftlichen Interessen des Verbandes gefährdet wurden, hielt sich der Vorstand für verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um das fernere Verbot der Zeitung aus diesem Grunde nach Möglichkeit zu verhindern. Die Sekretariatskommission, an die sich der Vorstand wandte, teilte den Standpunkt des Vorstands und schlug vor, daß ihr die Artikel Regges vor der Drucklegung vorgelegt werden sollten. Regge lehnte diese Mitwirkung der Sekretariatskommission ab, und da diese wie auch der Vorstand sich nach den bisherigen Erfahrungen mit bloßen Versprechungen nicht begnügen konnte, kündete Regge seine Stellung. Da eine auf Anregung vom Ausschuß einberufene Einigungsung erfolglos blieb, hat nun der Verbandsstag darüber zu entscheiden. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, daß der „Kürschner“ in der bisherigen Form bestehen bleibt und Regge die Redaktion auch weiter wie seit Dezember 1917 im Nebenamte führt.

Im weiteren erörterte der Verbandsstag kurz die Zweckmäßigkeit einer Verschmelzung mit einer andern Organisation. Der Verbandsstag hält eine Verschmelzung im allgemeinen für verfrüht. Der Frage könnte nähergetreten werden, wenn die Möglichkeit der Gründung eines Industrieverbandes für das Bekleidungs-gewerbe zustande käme.

Am 1. Januar 1919 soll der Sitz des Verbandes nach Leipzig verlegt werden.

Die Vorstandswahl gestaltete sich ziemlich schwierig, da der Vorsitzende Delsner die Wiederwahl ablehnte, da er mit dem Berliner Antrag beschwert, nicht als Vorsitzender weiterarbeiten könne. Der Vertreter der Generalkommission hatte gemeinsam mit einigen Delegierten folgende Erklärung ausgearbeitet:

„Die Generalversammlung erklärt, daß sie mit Annahme des Antrages Berlin nicht die Absicht hatte, den Vorsitzenden zu zwingen, entgegen seiner Ueberzeugung zu wirken. Delsner kann vielmehr nach wie vor seiner Ueberzeugung entsprechend überal, auch in der Vorstandskonferenz, für das Wohl des Verbandes und seiner Mitglieder tätig sein.“

Unter Führung Regges lehnten die Delegierten gegen 6 Stimmen diesen Vermittlungsvorschlag ab. Endlich beschloß man, den vakanten Vorstandsposten auszufüllen und nach den eingegangenen Offerten die Wahl zu treffen. Damit waren die Verhandlungen des Verbandsstages erledigt.

### Im Gemeinbearbeiter-Verband.

hat eine Urabstimmung über die zur Gesundung der Finanzen erforderlichen Maßnahmen stattgefunden. Hierbei wurden den Mitgliedern zwei Vorschläge zur Auswahl unterbreitet. Nach dem einen sollten die Beiträge um 10 Pf. erhöht werden, nach dem andern bei gleichbleibendem Beitrag die Sätze der Krankenunterstützung ermäßigt werden. Von den 32 925 Mitgliedern, die der Verband am Jahresschluß zählte, haben sich 14 026 an der Abstimmung beteiligt, darunter waren 237, die unzulängliche Beiträge abgegeben haben. Von den gültigen Stimmen entschieden sich 12 073 für die Erhöhung der Beiträge und nur 1716 für die Herabsetzung der Leistung. Der nunmehr beschlossene erhöhte Beitrag wird vom 1. April an erhoben.

### 400 000 Mitglieder im Metallarbeiterverband.

Ueber eine sehr erhebliche Mitgliederzunahme laßt der Metallarbeiterverband berichten. Am Schluß der 144. Kriegswache war die infolge der Einziehungen zum Heeresdienst stark gesunkene Mitgliederzahl wieder auf 300 000 gestiegen. Nach Abschluß der 183. Kriegswache, also nur 7 1/2 Jahre später, hat der Verband 400 000 Mitglieder voll. Und das, obwohl im verflohenen Jahr rund 20 000 Mitglieder mehr zum Heeresdienst eingezogen als vom Heere entlassen wurden. Insgesamt wurden seit Kriegesbeginn 427 055 Mitglieder des Verbandes zum Heere eingezogen, wovon 107 493 wieder entlassen wurden, so daß noch rund 320 000 im Heere stehen.

### Jahresbericht für den Gau I (Sitz Hannover).

Wie der Verband allgemein, hat auch der Gau I (Hannover) im Jahre 1917 gegenüber den vorhergehenden Kriegsjahren eine eintönige Entwicklung zu verzeichnen. Die Werbung neuer Mitglieder war erfolgreich, das Streben nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen größer, die ganze Verbandsstätigkeit lebhafter und die Erledigung der notwendigen Verbandsarbeiten im allgemeinen noch pünktlicher und besser als bisher schon. Es wurden 3359 Neuaufnahmen im Jahre 1917 im Gau gemacht, ein Ergebnis, das nur wenig hinter manchen Friedensjahre zurückbleibt. Der eifrigen Mitarbeit der Kollegen und Kolleginnen zur Erreichung dieses Ergebnisses sei anerkennend gedacht. Es ist aber nicht nur Erreichtes zu berichten. Die Neuaufnahmen wurden nur in 26 Fachstellen des Gaus gemacht; in 16 Fachstellen wurde im Laufe des Jahres 1917 nicht ein Mitglied aufgenommen, und in einigen Fachstellen, die Aufnahmen erzielten, war die Zahl derselben außerordentlich gering. Mögen an einzelnen Orten die Verhältnisse zur Gewinnung neuer Mitglieder infolge Einschränkung oder Stilllegung von Betrieben bestimmter Industrien aus Kriegswirkung unzulänglich liegen, an sämtlichen 16 Orten ist das nicht der Fall, und bei genügender Fleißamkeit hätte auch hier erfolgreich geworben werden können. Deshalb besser schnitten andre Orte ab. Baisrode hatte 1236, Braunschweig 728 Hannover 471, Nellen 386, Hildesheim 308 Neuaufnahmen. Außer Braunschweig hatten alle diese angeführten Orte einen größeren Mitgliederzuwachs am Jahresschluß 1917 gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen. Die Fachstelle Braunschweig hatte nur einen Zuwachs von 3 Mitgliedern, obgleich außer den 728 Aufnahmen noch ein Zugang von 29 zugerechnet und 87 vom Militär zurückkehrenden Mitgliedern gebüht werden konnte. Demgegenüber sind 588 Mitglieder ausgeschieden, 74 von Braunschweig abgereist und 179 zum Heeresdienst einberufen. Eine geringere Beschäftigungsmöglichkeit in der Konfektionsindustrie dürfte eine der Ursachen dieser Erwidrigung sein, die hoffentlich bald wieder einer besseren Entwicklung Platz machen wird.

Außer den 3359 neuaufgenommenen konnten die Fachstellen des Gaus 133 zugerufen und 360 vom Militär zurückgekehrte Mitglieder verzeichnen. Der Gesamtzuwachs war also 4365 Mitglieder. Demgegenüber steht ein Abgang von 1924 Mitgliedern, so daß am Jahreschluß ein Gewinn von 2441 Mitgliedern verbleibt. Der Gau hatte am 31. Dezember 1917 einen Mitgliederbestand von 10 115 gegen 7674 Ende 1916. Der Jahresdurchschnitt betrug 8782 Mitglieder.

Die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge betrug 414 252. Im Jahre 1916 waren es 375 205. Der pro Mitglied durchschnittlich geleistete Wochenbeitrag im Jahre hat sich von 49,62 im Jahre 1916 auf 47,17 im Jahre 1917 ein wenig vermindert. Die Ertragsquote aus Beiträgen ergab den Betrag von 154 908,65 M. gegen 144 037,74 M. im Jahre vorher. Die Summe der verminderten Beiträge betrug 34 308,25 M. im ersten auf 42 481,50 M. im vierten Quartal.

Die Ausgaben betragen im ersten Quartal 21 586 M., gegen 12 545,25 M. im zweiten, 12 240,45 M. im dritten und 11 860,55 M. im vierten Quartal, für Sterbegeld 14 026,80 M. und für Unterstützungsgeld 723,80 M. An Weihnachtsgeld-Unterstützung an die Familien der zum Heeresdienst einberufenen Mitglieder wurden 16 566 M. ausgezahlt.

Der Verbandskasse angeführt wurden 51 713,88 M., im Jahre vorher 44 001,30 M. Den weitaus größten Beitrag erbrachte dabei die Hauptkassette im zweiten und dritten Quartal.

Die Lokallisten hatten Ende 1917 einen Kassenbestand von 34 326,09 M. Ende 1916 war noch ein Bestand 56 608,29 M. vor-



